

Polizei und Informationstechnik

„Europäische Sicherheitsarchitekturen – Informationstechnologie, Ermittlung, Einsatz“ war das Thema des 11. europäischen Polizeikongresses vom 28. bis 30. Jänner 2008 in Berlin.

Die Stärkung der Freiheit durch die Schengen-Erweiterung müsse mit einer Stärkung der Sicherheit einhergehen, forderte Franco Frattini, Vizepräsident der Europäischen Kommission und zuständiger Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit bei der Eröffnung des Kongresses. Frattini nannte drei Projekte, mit denen die EU-Außengrenzen besser gesichert werden sollen. Zum einen werde ein „Entry-Exit-System“ entwickelt, das die Informationen im Pass elektronisch speichert, statt der derzeitigen Stempel: Bei Überschreitung der Visafrist soll automatisch ein Alarm ausgelöst werden.

Im Rahmen des Projekts „Eurosur“ soll eine Roadmap zur Errichtung eines integrierten Grenzüberwachungssystems der südlichen und östlichen Grenzen der EU entwickelt werden. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex werde im Hinblick auf zukünftige Funktionen und Aufgaben evaluiert.

„Die Schengen-Erweiterung bedeutet ein Mehr an Freiheit und Sicherheit“, sagte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble. Sowohl die Kontrollen im Hinterland als auch die Integration der neuen Schengen-Staaten in das Schengener Informationssystem seien effektiv. Schäuble sprach sich dafür aus, Frontex und Europol weiter zu stärken, auch wenn Europol „kein europäisches FBI“ werden solle.

Für den Datenschutz, der für Sicherheitsmaßnahmen eindeutig zu regeln sei, müsse es in Europa einheitliche Standards geben. So weise der Vertrag von Prüm, der zwischen sieben EU-Staaten Datenaustausch bei der Strafverfolgung regelt, ein hohes Niveau an Datenschutz auf. Insgesamt müsse eu-



Polizei in Deutschland: „Kriminalitätsbekämpfung bedeutet vor allem, bei Polizei und Justiz für mehr Personal und bessere Ausstattung zu sorgen sowie das Engagement der Beschäftigten zu fördern.“

ropaweit eine effiziente Vernetzung von Polizei und Justiz bei der Informationsverarbeitung erreicht werden: „Es ist nicht notwendig, dass jeder einzelne EU-Mitgliedstaat versucht, den Inhalt eines Textes mit einem seltenen arabischen Dialekt zu entziffern“, betonte Schäuble.

Fehlentwicklung. In der Debatte um mehr Sicherheit gebe es in Deutschland und insgesamt in der Europäischen Union zunehmend eine Fehlentwicklung, kritisierte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries: „Es wird viel zu häufig über schärfere Gesetze und mehr Kompetenzen der Sicherheitsbehörden gesprochen, um eine bessere Finanzierung und Ausstattung der Polizisten

geht es dagegen kaum.“ Als Beispiel nannte die Ministerin DNA-Proben, die häufig unbearbeitet blieben, weil es in der Kriminaltechnik zu wenig Personal gebe. „In den letzten zehn Jahren wurden bei der Polizei in Deutschland etwa 10.000 Stellen abgebaut, da ist es kein Wunder, dass die Bearbeitung liegen bleibt“, betonte Zypries. Kriminalitätsbekämpfung bedeute vor allem, bei Polizei und Justiz für mehr Personal und bessere Ausstattung zu sorgen sowie das Engagement der Beschäftigten zu fördern.

Videoüberwachungstechnik. 90 Prozent aller Überwachungskameras seien derzeit nicht auf dem neuesten Stand der Technik, sagte Dr. Ralf Hinkel, Geschäftsführer der Firma „Mobotix“.

Alexander Nouak vom Fraunhofer Institut in Darmstadt, berichtete über ein Forschungsprojekt: Unter Einsatz von vielen Sensoren sollen beispielsweise 3D-Rekonstruktionen von Szenarien möglich sein. Projektziel ist auch die Verfolgung und Wiedererkennung von Personen, auch über mehrere Kameras hinweg.

Über die sichere, mobile Übertragung von Daten mit hoher Bandbreite referierte Wolfgang Fritsche (IABG): Mit der Lösung „HiMoNN“ werde die Kommunikation in Gegenden ohne Infrastruktur ermöglicht, z. B. in ländlichen Räumen oder in Katastrophengebieten, in denen die Infrastruktur zusammengebrochen ist. Dabei vernetzen sich die „HiMoNN“-Einheiten in einem Radius von durchschnittlich ein bis zwei Kilometern selbstständig und bauen so ein Netz auf. Das System wird derzeit bei einem Modellprojekt in Brandenburg erprobt.

POLIZEIKONGRESS

Über 1.700 Teilnehmer aus 61 Ländern nahmen am 11. europäischen Polizeikongress des „Behörden-Spiegels“ in Berlin teil. 130 Experten, darunter einige aus Österreich, referierten in 15 Panels. Der nächste Polizeikongress findet am 10. und 11. Februar 2009 in Berlin statt.